

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionsschluß Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Laues, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Sanja 8462 und 4934.

Verlag: A. Laues, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 Mf. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die sechspaltige Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Unsere Organisation im Jahre 1930

Die Gewerkschaftsbewegung hat ein Jahr außerordentlich schlechter Wirtschaftsverhältnisse hinter sich. Noch in keiner Zeit ihres Bestehens ist der Tiefstand der Wirtschaft in diesem unerhörten Ausmaße zu verzeichnen gewesen. Wohl mußte sie Krisen in den Vorkriegsjahren durchmachen, die aber keineswegs an den gewaltigen Umfang der zur Zeit herrschenden Depression heranreichten. Das ganze Jahr hindurch war ein Riesenheer werteschaffender Menschen vom Produktionsprozeß ausgeschaltet. Wenn auch in der ersten Jahreshälfte die Berufe in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie nur wenig von der Krise erfaßt wurden, so trat auch hier in der zweiten Jahreshälfte eine starke Abnahme des Umsatzes ein.

Mit Beginn des Geschäftsjahres verzeichnete unsere Organisation 7,37 Proz. und am Ende des Jahres 11,37 Proz. arbeitslose Mitglieder. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg in der Berichtszeit auf 32 951 Personen. Ende des Jahres waren 20 152 arbeitslose und 32 951 kurzarbeitende Mitglieder festgestellt worden.

Die seit Jahren hindurch gut beschäftigte Getränkeindustrie wurde infolge der Steuerpolitik und der anhaltenden schlechten Wirtschaftslage stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Januar 1930 wurden von dieser Berufsgruppe nur 3459, am Jahreschluß 7389 Arbeitslose festgestellt. Kurzarbeiter wurden am Jahresanfang 1662 und im Dezember 21 373 Personen gemeldet.

Die Süßwarenindustrie verzeichnete das ganze Jahr hindurch einen außerordentlich niedrigen Beschäftigungsgrad. Im Januar waren 4634 Arbeitslose vorhanden und im Dezember wurden 6625 gezählt. Die Kurzarbeit blieb in der Berichtszeit auf gleicher Höhe mit über 6000 Personen.

Außerordentlich stark wirkte sich die Arbeitslosigkeit im Bäcker- und Konditoren-gewerbe aus. Nach den amtlichen Feststellungen waren auf den Arbeitsnachweisen Ende Dezember 42 579 Arbeitsuchende eingetragen. Dieser hohen Zahl erwerbsloser Personen standen im Dezember nur 3010 Arbeitsvermittlungen gegenüber, so daß auf je 100 offene Stellen 1334 Arbeitsgesuche entfielen.

Im Fleischer-gewerbe waren am Jahresende 20 850 Arbeitsuchende vorhanden, denen nur 1199 vermittelte Stellen gegenüberstanden. Hier entfielen auf je 100 offene Stellen 1706 Arbeitsgesuche.

Nicht besser war die Wirtschaftslage in der Mühlenindustrie, die besonders stark unter der im Interesse der Landwirtschaft betriebenen Hochschutzzollpolitik leiden mußte. Durch die Drosselung der Einfuhr von Auslandsgetreide infolge der exorbitant hohen Zollsätze, durch den überspannten Verbrauchszwang von Inlandsgetreide wirkte sich die Krise besonders in den Großbetrieben, die auf die Zufuhr von Auslandsrohstoffen angewiesen sind, verheerend aus. Lange Kurzarbeit vieler tausende Per-

sonen und große Arbeitslosigkeit war auch hier festzustellen.

Die Böttcherei und Weinküferei wurde ebenfalls in den Strudel des Wirtschaftselends hineingezogen. Bei dem sinkenden Einkommen litt stark der Weinumsatz und die Beschäftigungsmöglichkeit in den Weinhandlungen und Weinkellereien ging außerordentlich stark zurück.

Obwohl die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie immerhin noch durch die tägliche Bedarfsdeckung eine größere Belebung wie andere Industriezweige aufweist, so zeigen uns diese Tatsachen, daß auch die Wirtschaftskrise stark zerklegend in unseren Berufen wütete. Unter solchen Umständen war ein weiterer Fortschritt in der Mitgliederbewegung nicht möglich. Zeiten großer Arbeitslosigkeit sind niemals dazu angetan, die gewerkschaftlichen Ideen mit Erfolg in den Indifferentenkreisen propagieren zu können. Dennoch muß festgestellt werden, daß sich der Mitgliederstand in Anbetracht der anormalen Verhältnisse gut gehalten hat. Wir zählten am Schlusse des

	Mitglieder	davon weibliche
4. Quartals 1929 . .	179 067	36 263
1. „ 1930 . .	178 010	34 996
2. „ 1930 . .	177 884	34 340
3. „ 1930 . .	176 405	33 807
4. „ 1930 . .	174 469	33 293
Im Jahresdurchschnitt	177 167	34 540

Der Bestand unserer jugendlichen Mitglieder verteilt sich auf: 1525 Bäcker-, 100 Konditoren-, 472 Fleischer-, 835 Brauer-, 41 Müller-, 213 Böttcher- und 70 Lehrlinge in anderen Berufen. Insgesamt 3 412 Lehrlingen gegenüber 3 404 Ultimo Dezember 1929. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren waren 1907 und jugendliche Arbeiterinnen 2902 oder insgesamt 4809 ermittelt worden. Insgesamt betrug die Zahl der jugendlichen Mitglieder und Lehrlinge 8 221. Auch hier ist ein Mitgliederverlust eingetreten von 9535 auf 8221 oder um 1312 Mitglieder.

In Anbetracht der außerordentlich großen Hemmungen durch die allgemeine Wirtschaftsdpression kann dennoch der Mitgliederstand als befriedigend verzeichnet werden. Das Unternehmertum wird seine Hoffnungen nie verwirklichen können, wenn es die große Stabilität unserer Organisation in dieser furchtbaren Krisenzeit feststellen muß.

Im Berichtsjahre mußte sich der Vorstand in der Hauptsache auf die Abwehrmaßnahmen gegen die reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums einstellen. Die Organisation protestierte in schärfster Weise gegen die steuerlichen und zollpolitischen Belastungen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Sie schreckte vor keinem Mittel zurück, um diese Regierungspläne zu verhindern. Was sie voraus sagte,

nämlich, daß durch weitere steuerliche Belastungen ein Rückgang des Konsums eintreten muß, hat sich nicht nur erfüllt, sondern ist noch in viel schlimmerem Ausmaße zur Wirklichkeit geworden. Der durch die Regierungspolitik in Rechnung gestellte Gewinn infolge erhöhter Steuer- und Zolleinnahmen ist nicht eingetroffen. Durch die stark zunehmenden Rückgänge der Umsätze sowie der großen Arbeitslosigkeit muß nunmehr die Regierung mit einem starken Einnahmeausfall rechnen. Der von der Regierung betriebene Agrarprotektionismus trug wesentlich zur Verschlechterung der Wirtschaftslage in unseren Berufen bei und ist auch mit die Ursache zur allgemeinen Wirtschaftskrise.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik lief das geeinte Unternehmertum das ganze Jahr hindurch mit größter Energie dagegen Sturm. Es konnte wohl eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, eine Beschränkung der Arbeitslosenunterstützung durch die erstmalige Notverordnung erreichen, aber so weit ist es ihm doch nicht gelungen, daß diese Sozialversicherung beseitigt wurde. In der zweiten Notverordnung wurde die Bestimmung, wonach jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Unterstützungsbezug ausgeschaltet wurden, wieder aufgehoben.

Wie nicht anders zu erwarten war, erfolgten in der Zeit des größten wirtschaftlichen Tiefdruckes erneut die Anstürme auf das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit. Durch eine das allgemeine Erwerbsleben schädigende Preisabbau-psychose glaubten die Gegner des Nachtarbeitsverbots hierbei auf ihre Rechnung zu kommen. Mit Erfolg konnten diese Unternehmerbestrebungen abgewehrt werden. Aus dem Gefahrenbereich dieses sich von Zeit zu Zeit wiederholenden Ansturmes sind wir noch nicht. Die Feinde der Tagarbeit geben ihre Hoffnungen noch nicht auf, bei passender Gelegenheit zum Ziele zu kommen. Ebenso wird von dem Unternehmertum im Konditorgewerbe infolge des Ausgangs der Reichstagswahlen neue Hoffnung geschöpft, daß die Sonntagsarbeit wieder zugelassen wird. Es liegen auch bereits Anträge nach der Richtung hin im Reichstag vor.

Die Aufhebung der Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch trug ebenfalls zum Umsatzrückgang in den Fleischereien bei, denn ein Ausgleich für diese billige Ware an die minderbemittelte Bevölkerung wurde nicht geschaffen.

Auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik verzeichnet das vergangene Jahr nur Rückschläge für die werktätige Bevölkerung, die mit der unerhörten Auswirkung der Wirtschaftskrise zu einer Verschlechterung des Lebensstandards für die Arbeiterschaft führte. Durch den Einsatz der gewerkschaftlichen Macht konnten viele geplante reaktionäre Forderungen verhindert werden und das Unternehmertum kann nur sehr magere Erfolge verbuchen.

Zersetzungszug bei den Nazis

Die krankhafte Aufschwemmung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei war für sie unerträglich. Es ist auch nicht möglich, daß eine kleine Gruppe, die infolge der wirtschaftlichen Verelendung breiter Massen diesen unnatürlichen Sieg zu verzeichnen hatte, ihn auch verdauen konnte. Die Großsprecher der Nazis bewies, welche großen politischen Kinder sich in dieser Partei zusammengefunden hatten. Den Mitgliedern und besonders den aktiv tätigen in den Sturmabteilungen wurde versprochen, sobald sie an der Macht sind, werden sie versorgt sein und diese Parteieinrichtung wird zu einem großen Milizheer, ähnlich wie in Italien, umgewandelt werden.

Die hoffnungsvollen Menschen warteten Tag für Tag auf das Dritte Reich. Dabei wurde aber ihre wirtschaftliche Verelendung noch größer, sie mußten den Hungerriemen noch enger schnallen, und von den reichlich fließenden Geldmitteln aus industriellen und sonstigen republikfeindlichen Kreisen lebten wohl die oberen Führer in Saus und Braus, aber die Arbeitsbienen in der SA. blieben nach wie vor im Elend stecken. So war es kein Wunder, wenn sich unter den aktiv tätigen Mitgliedern Bestrebungen durchsetzten, die gegen die Autokratie der oberen Führer scharfen Kampf ankündigten. Ein Vorzeichen erlebten die Berliner, als vor einigen Monaten die SA. ihren Groll gegen die Parteizentrale zum Ausdruck brachte. Damals konnte diese Bewegung noch mit öligem Redensarten und Versprechungen abgedroschelt werden.

Um die Ostertage entstand aber heller Aufruhr in den Reihen der Berliner Sturmabteilungen. Unter Führung eines Polizeihauptmanns a. D. wurde der Kampf gegen die Nazioberbunten eröffnet. Dabei erfahren wir, daß in dieser Partei die irreführenden Arbeiter und Angestellten nur zu den groben Parteiarbeiten ausersehen werden. Die aus der Kasse der Besitzenden hervorgegangenen Führer leben ein herrliches Dasein bei hohen Monatsgehältern. Der Aufruhr ist nun soweit gediehen, daß massenhafte Ausschüsse erfolgen. Jeder, der im Verdacht steht, nicht blinden Kadavergehörigkeit für Hitler zu zeigen, wird an die frische Luft befördert.

Warum ist dieser Aufruhr entstanden? Die wirtschaftlich verelendeten Proletarier, Beamten, Angestellten und Intellektuelle haben längst eingesehen, daß das Auftreten des Bramabars Hitler, sein Liebling mit dem großindustriellen Unternehmertum nicht mehr im Einklang mit seinen früheren revolutionären Tiraden steht. Es ist auch verständlich, daß eine Partei, die nur auf die finanzielle Unterstützung der besitzenden Klassen angewiesen ist, nicht proletarische oder sozialistische Politik betreiben kann. Es trifft immer noch zu, daß die Arbeiterklasse nur allein in der Lage ist, sich aus den Fesseln des Kapitalismus befreien zu können und solche Organisationen, die von Geldgeschenken der Kapitalisten abhängig sind, müssen unweigerlich für ihre Geldgeber eintreten.

Noch eine geraume Weile wird vergehen, bis sich in den Kreisen der zur Siedehitze fanatisierten SA. Leute diese Ueberzeugung durchdringen wird. Noch ist die Zeit nicht gekommen, bestimmt aber wird der Zerfallsprozess durch die Berliner Vorgänge im

Sichere Deine Unterstützung!

Am 18. April
ist der 17. Wochenbeitrag fällig

Nazilager weiter um sich greifen. In welchem Tempo er vorwärtsschreiten wird, hängt davon ab, wie durch die Aktivität der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei überall aufklärend gewirkt wird.

Der Ausgang der Betriebsräte wahlen, soweit davon Ergebnisse vorliegen, beweist uns, daß die Nazis trotz aller erdenklicher Unterstützung seitens der Unternehmer und eines fein ausgeklügelten Organisationsplanes nirgends Erfolge aufweisen können. Diese Tatsache muß uns veranlassen, mit unserem Bemühen, Aufklärung zu schaffen, nicht zu erlahmen.

wickelte sich bei diesen Defen noch sehr langsam ab und nahm ungefähr vier Stunden in Anspruch.

Alle diese Nachteile des schon verbesserten Systems der Fischräucherung führten sehr bald zu weiteren Verbesserungen durch Fachleute. Vor allem versuchte man durch Anbringung verschließbarer Rauchklappen den Brennstoffverbrauch zu reduzieren. Dies gelang auch schließlich, doch entstand bei dieser Erfindung wiederum der Nachteil, daß sich in den Ecken der Rauchklappen Wasserstoff bildete, der sich beim Abkühlen in Wasser verwandelte, das auf die Fische tropfte und so deren Wert verminderte. Neben diesen trotzdem schon sehr modernen Defen gab es aber in zahlreichen Räucherereien noch sehr mangelhafte Einrichtungen, bei denen oft nur ein Stück Leinwand die Rauchklappen ersetzte und die auch sonst in ihren Behältern noch so unzureichend ausgestattet waren, daß man ständig, auch beim sogenannten „Abdecken“, d. h. wenn das Eindringen des Rauches auf die geräucherten Fische durch einen Abschlußdeckel verhindert werden sollte, in der ganzen Arbeit vom Rauch belästigt wurde.

Erst durch die neuesten Räucheröfen wurden die aller schlimmsten Mängel beseitigt. Der Erfinder Hörmann hat ein ganz modernes, nach seinem Namen benanntes System der Fischräucherung geschaffen, nachdem die meisten großen Betriebe der deutschen Fischindustrie heute arbeiten. Bei den Hörmann-Defen kann Rauch und Heizung so vortrefflich reguliert werden, daß nicht allein der Brennstoffverbrauch im Vergleich zur früheren Menge um über 50 Proz. geringer geworden ist, sondern auch die Rauchbelastigung vollständig beseitigt werden konnte. Entsprechende Rauch- und Dampfkappen sorgen für eine richtige Auffangung des Rauches und der beim Öffnen der Defen entstehenden Dünste und für deren Abführung in den Schornstein. Trotzdem ist auch dieser Fortschritt bereits sehr nahe daran, von einer neuen Erfindung abgelöst zu werden, die man als die „Fischräucherei am laufenden Band“ bezeichnen könnte und die wohl so ziemlich das Vollkommenste darstellen dürfte, was technisch auf diesem Gebiete erreichbar ist.

Dieser neueste Fortschritt in der Fischräuchererei ist der mechanische Räucherofen an „laufender Kette“, dessen Konstrukteur Zivilingenieur Niese in Kiel erst am 7. Mai 1930 das deutsche Reichspatent erhalten hat. Das Grundprinzip dieser Erfindung ist eine Wanderkette, die die Fische, an Holzstäbe gesteckt, in einem Zuge durch ein sinreich und einfach zugleich ausgebildetes, dreimal unterteiltes Ofensystem führt. Die durch Klemmfedern an zwei parallel laufenden Ketten befestigten Holzstäbe mit den Fischen, durchwandern in einem Arbeitsgang einen Spülbehälter in dem die Fische mit Druckwasser gereinigt werden, gelangen von da in eine Trockenkammer, in der sie gar gemacht werden, gehen weiter in den mittleren, als Wärmespeicher vorgerichteten Raum der Trockenkammer, in dem sie geräuchert werden, und gelangen endlich in die Kühlkammer, wo man sie auf eine verpackungsfähige Temperatur bringt. Die Leistung des neuen Ofens muß im Vergleich zu anderen noch neuzeitlichen Bauarten von Räucheröfen ganz enorm sein. Da z. B. an einer Spitze gleichzeitig 40 Sprotten oder 20 Heringe in Abständen von 12,5 Zentimeter für die Sprotten und 25 Zentimeter für die Heringe, hängen und da sich in der Trockenkammer gleichzeitig 19,5 Meter und in der Räucherkammer 66 Meter Kette bewegen, so befinden sich im Normalbetrieb der Anlage jeweils 6240 Sprotten oder 1560 Heringe in der Trockenkammer und 11 120 Sprotten oder 5280 Heringe in der Räucherkammer. Die Geschwindigkeit des Kettensystems ist nach den Darlegungen des Erfinders so zu regeln, daß jede Stunde 504 Spalten mit Sprotten und 252 mit Heringen durch die Abteilungen des Ofens wandern. Die Leistungsfähigkeit eines einfachen Ofens kann im Schichtbetrieb von acht Stunden, auf rund 1520 Kilogramm oder 160 000 Stück Sprotten oder 4200 Kilogramm bzw. 40 000 Stück Heringe angenommen werden. Im allgemeinen ist die Konstruktion des ganzen Systems so sinnreich ausgeführt, daß die an der Räucherarbeit beteiligten Kräfte in familiären Arbeitsgängen der Reinigung, Räucherung und Trocknung mit den Fischen gar nicht in Berührung kommen, und den ganzen Vorgang, nur durch die für die Beobachtung des Durchganges angebrachten Schaulöcher beobachten können. Selbstverständlich arbeiten die Defen auch wärmetechnisch unter höchster Ausnutzung der verbrauchten Brennstoffe, so daß die moderne Fischräuchererei, in Anwendung ihrer letzten Erfindung die denkbar höchste Wirtschaftlichkeit an Material und Arbeitskräften erzielen wird. R. D. H.

Die Fischräucherei in ihrer Entwicklung zum Großbetrieb

Zu den großen Fortschritten der Lebensmittelkonservierung gehört entschieden auch das Gebiet der Zubereitung und Haltbarmachung des Fisches für die menschliche Ernährung. Eine der ältesten Formen der Fischkonservierung dürfte wohl das Trocknen oder auch das Gefrierenlassen der Fische gewesen sein, zwei Methoden, die allerdings auch heute noch angewendet werden, die aber keineswegs genügen, um neben einer längeren Haltbarkeit des Fischfleischs auch einen besseren Geschmack desselben zu erzielen. Gewiß, der durch Trocknen oder Gefrieren für spätere Nahrungszwecke vorbereitete Fisch gewährleistet eine viel längere Haltbarkeit, als der geräucherte, aber die Konservierung durch Rauch hat den für den menschlichen Genuß so unendlich wichtigen Vorteil, daß sie den Fischen einen Wohlgeschmack verleiht, der durch irgendeine andere Art der Konservierung einfach nicht erreicht wird.

Das Räuchen oder Räuchern von Fischen, das bekanntlich auch für die Erhaltung und Geschmacksverbesserung von Fleischarten anderer Tiere in Anwendung kommt, gehört selbstverständlich auch mit zu den ältesten Konservierungsmitteln für Lebens- und Nahrungsmittel überhaupt. Nach den Gesetzen uralter Religionen hat man die Räuchermethoden bei den Tieropfern erprobt und nach und nach mag man darauf gekommen sein, daß sie auch für die Zwecke der Fleischkonservierung sehr nützlich sind. Die ersten Vorgänge des Räucherns von Fleisch und Fischen mögen schon an den Lagerfeuern der vorgeschichtlichen Menschen unter Benutzung primitiver Geräte und Behälter, auf denen die Fische dem Rauch ausgelegt wurden, vor sich gegangen sein. Wir wissen darüber nichts Genaues, aber wir können es uns ausdenken, daß der Urmenich bald darauf, als er das Feuer kennen und benutzen lernte, nicht allein auf das Kochen und Braten des Fleisches, sondern auch auf das Räuchern desselben gekommen ist. Es kann daher angenommen werden, daß die Räuchermethoden, die man später auf Grund religiöser Grundsätze durch das Tieropfer kennenlernte, schon in etwas zweckmäßigerer Form auf die Praxis des Räucherns von Fleisch und Fischen zu Genußzwecken übertragen hat. Eine sehr fortschrittliche Art, den Fisch durch Räuchern besonders schmackhaft zu machen, mag es schon gewesen sein, als man gewöhnliche Holzstämme nahm, auf beiden Seiten die Böden

ausschlug, im Innern Stäbe befestigte, auf denen man die Fische hing, um ihnen den Rauch des offenen Herdes zuzuleiten, oder die Tonne über ein offenes Holzfeuer zu halten, indem man die eine Seite mit einem Saß überdeckte, um den Rauch in der Tonne einzufangen. Erst später gingen die Fischer dazu über, kleine Hütten und Räucheröfen zu errichten.

Was man in den ersten Anfängen zum Zwecke des Fischräucherns einen „Räucherofen“ nannte, das war auch eine Einrichtung, die diesen Namen redlich verdiente. Der bedauerliche Mensch, dem das Räuchern übertragen war, mußte sich, wenn die Räuchererei so richtig im Gange war, immer wieder ins Freie flüchten und war entweder dem Unwetter der Natur oder dem Qualm des Ofens ausgesetzt. Später schufen sich die Räucherer ein Dach gegen das Wetter oder ein kleines Häuschen, in dem sie Unterkunft hatten, aber dem Rauch waren sie zeitweilig fast ebenso wie die Fische ausgesetzt, weil sie im Verlaufe des Räuchervorgangs ständig mit diesem und mit der Unterhaltung des Feuers zu hantieren hatten. Sogenannte Rauchklappen, die den Rauch auffingen und in den Schornstein leiteten, wurden erst später erfunden. Alle derartigen Verbesserungen waren jedoch nur mangelhafte Behelfe.

Wirklich praktische Räucheröfen wurden in Deutschland erst im Jahre 1896 eingeführt, als die sogenannten „Hamburger“ und „Ellerbeder“ Defen zuerst in Betrieb kamen. Diese Defen haben sich auch sehr rasch in den größeren Fischräucherereien der Nordseegebiete eingeführt. Die Einrichtung einer solchen schon fabrikähnlichen Räuchererei bestand aus einem Gebäude mit einem 20 bis 25 Meter hohen Schornstein, um den sich zu beiden Seiten zwei bis drei Räucheröfen gruppieren. Obwohl bei dieser Einrichtung eine Klappe für den Abzug des Rauches sorgte, waren doch die Räume solcher Anstalt voll des Rauches und belästigte die am Räuchervorgang beschäftigten Personen. Zudem hatten die Defen den Nachteil, daß zum Räuchern eine sehr hohe Temperatur von zuweilen 120 bis 140 Grad erreicht werden mußte, was einen sehr hohen Brennstoffverbrauch erforderte, zumal beträchtliche Mengen dieser Hitze sehr rasch verloren gingen, weil es den Defen an einer geeigneten Einrichtung zur Aufspeicherung der Wärme fehlte. Auch der Räuchervorgang

Spiritusmonopol im Jahre 1930

Fast ein halbes Jahr nach Beendigung des Geschäftsjahres legt die Branntweinmonopolverwaltung den Abschluß für 1929/30 der Öffentlichkeit vor. Er erweckt in allen seinen Teilen keine allzu großen Hoffnungen für die Zukunft des Monopols, es sei denn, daß recht bald eine durchgreifende Reform erfolgt, die einige ganz offensichtlich zu Tage tretenden Mißstände beseitigt. Trotz der im Laufe des Geschäftsjahres erfolgten Herabsetzung des Brennrechtes auf 85 und

dann auf 80 Proz. hat sich die Produktion nur um 268 000 Hektoliter auf 2,742 Millionen Hektoliter verringert. Der Gesamtabsatz an Branntwein hat sich demgegenüber um nahezu 600 000 Hektoliter auf 2,038 Hektoliter verringert. Die Folge davon war, daß sich die Lagerbestände auf 1,578 Millionen Hektoliter erhöhten. Für diese ungeheuren Mengen besaß die Monopolverwaltung keinen eigenen Lagerraum, so daß sie unter erheblichen finanziellen Aufwendungen gezwungen war, neue Lagerräume zu beschaffen.

Von dem abgesetzten Spiritus entfallen auf Trinkspiritus 388 367 Hektoliter oder 41 Proz. weniger als im Vorjahr. Dieser enorme Absatzrückgang wird von der Monopolverwaltung auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die gesunkene Kaufkraft sowie auf die Konkurrenz der billigen aufgespritzten Südweine und die Sport- und Antialkoholbewegung zurückgeführt. Der Absatz von Spiritus für Antriebszwecke ist trotz des eingeführten Beimischungszwanges um 42 000 auf 235 000 Hektoliter gesunken. Wie die Monopolverwaltung dazu ausführt, hat sich der Beimischungszwang im Berichtsjahre noch nicht auswirken können. Aber schon allein die Tatsache, daß ein Rückgang des Spiritusabsatzes zu diesem Zwecke in Erscheinung tritt, läßt darauf schließen, daß die deutschen Autofahrer von einem Spiritusgemisch als Antriebsstoff wenig wissen wollen.

Aus dem schlechten Absatzverhältnis ergibt sich naturgemäß auch ein schlechtes finanzielles Ergebnis.

Die Gesamteinnahmen sanken um 132 Millionen Mark auf 260 Millionen Mark. Nach Abzug der Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Ueberschuß, der um 125 Millionen Mark geringer ist als im Vorjahr. Diese verschlechterte Finanzlage des Monopols ist in erster Linie auf den Absatzrückgang zurückzuführen. Einen kleinen Teil Schuld tragen jedoch auch die riesigen Bestände. Angesichts dieser Tatsache ist es kaum zu glauben, daß durch eine Verordnung das Jahresbrennrecht bestimmter landwirtschaftlicher Brennereien um 10 Proz. erhöht worden ist. Diese Subventionsspolitik zugunsten der Landwirtschaft ist ein Krebschaden. Diese Politik wird, da sie keine Aufgabe des Branntweinmonopols sein darf, dem Monopol noch schwer zu schaffen machen.

Lohnabbau in den Reichsbetrieben

Bei den für diese Betriebe stattgefundenen Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium wurde von den Regierungsvertretern gefordert, die an sich schon außerordentlich niedrigen Löhne der Reichsarbeiter um 8 Proz. zu kürzen. An dem Entwurf für die Beschäftigten in den Reichsbetrieben ist auch unsere Organisation beteiligt, und zwar für die Beschäftigten in den Militärbäckereien. Interessant ist bei dieser Gelegenheit zu erfahren, daß, obwohl mit allen Mitteln gearbeitet werden muß, um Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten, nicht immer nach diesem Grundsatz gehandelt wird. So wurden im Bereich der Reichsmarineleitung im vorigen Jahre 1000 Arbeiter entlassen, aber 24 neue Offiziersstellen geschaffen. Für die Marine wurden sogar Pferdeställe gebaut, und zwar ausgerechnet, wo angeblich keine Geldmittel vorhanden sind.

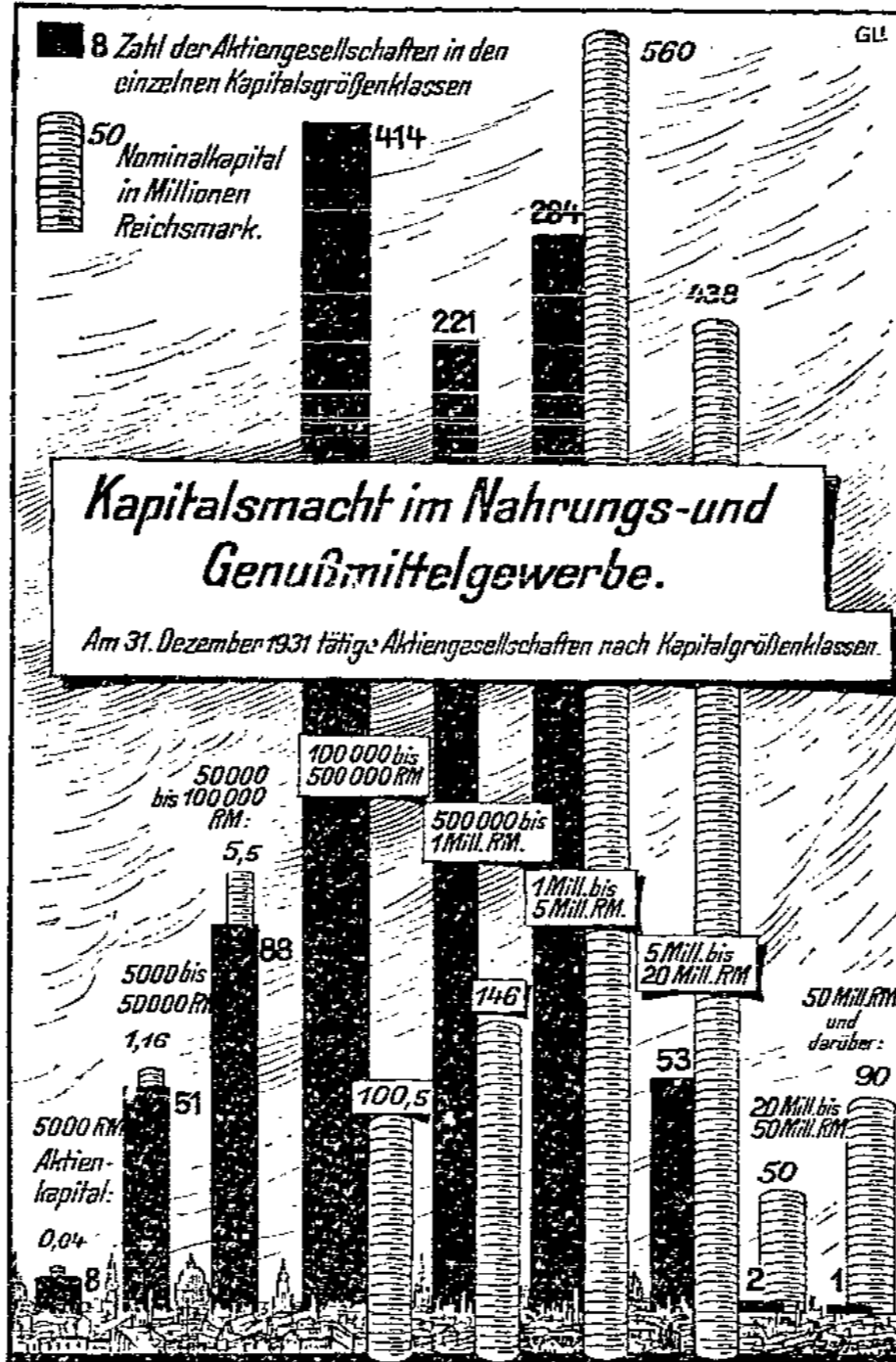
Wenn wir uns aber den Etat des Reichswehrministeriums näher betrachten, so finden wir für das Notjahr 1931 einen Posten in Höhe von 120 000 Mk., der den Titel trägt: „Ausübung der Gastfreundschaft für die Mannschaften“. Die Marineangehörigen nennen das Gastfreundschaftskapitel des Etats „Seitquot“, weil praktisch die Gastfreundschaften nicht für die Mannschaften, sondern für die Offiziere getätigt werden. Früher war dieser eigenartige Posten des Etats unbekannt, er kam erst in den Etat hinein in einer Zeit, wo es Deutschland immer schlechter ging und die Arbeiterlöhne und Beamtengehälter gekürzt werden mußten. Auch im Reich scheint der Grundsatz vorherrschend zu sein, daß denen, die wenig haben, viel genommen und die gutbezahlten Posten immer mehr erhalten.

Die Vernunft siegte

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen sind zum größten Teil abgeschlossen. Die freien Gewerkschaften haben ihre Stellung nicht nur halten, sondern noch verbessern können. Weder NSD. noch Nazis konnten trotz ihrer unfairen Propaganda keine wesentlichen Erfolge erreichen, geschweige noch ihr Ziel, Zerstörung der freien Gewerkschaften, verwirklichen. Von diesen Gegnern der freien Gewerkschaften wurden die Betriebsrätewahlen auf politischer Grundlage ausgetragen. Die Betriebsräte haben aber nicht parteipolitische, sondern wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen, die in der Reichsverfassung Artikel 165 festgelegt sind.

An sich ist der Gedanke des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer im Betrieb nicht neu, aber in seiner heutigen ausgeprägten Form ist er doch erst durch die nachrevolutionäre Gesetzgebung verwirklicht worden. Schon der Verfassungsentwurf der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche sah Betriebsvertretungen mit wirtschafts- und sozialpolitischen Auf-

gaben vor. Den unerbitterlichen Kampf, den die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei in der schwierigsten Zeit unter dem Sozialistengesetz führte, trieb die Arbeiterschutzeschöpfung voran. Im Jahre 1891 führte eine Novelle zur Gewerbeordnung im Anschluß an eine in der Industrie vielfach bestehende Praxis fakultative Arbeiterausschüsse in Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern ein. (§ 134 h. GO. aufgehoben durch das B. G. § 104 Ziff. V.) 1905 führte eine Novelle zum B. G. (Allgemeines Preussisches Berggesetz) obligatorische Arbeiterausschüsse in Bergwerksbetrieben mit mindestens 100 Arbeitnehmern ein. (§§ 80 f. B. G.) Und im Jahre 1916 brachte das Hilfsdienstgesetz obligatorische Arbeiter- und Angestelltenausschüsse für kriegswirtschaftliche Betriebe mit mindestens 50 Arbeitnehmern. Die Tarifvertragsverordnung vom Dezem-



Unter den in Deutschland am 31. Dezember 1930 gezählten 10 970 Aktiengesellschaften befanden sich 1122 Gesellschaften aus dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, die zusammen ein Nominalkapital von 1391 Millionen Mark besitzen. Hiervon entfielen unter anderem auf Brauereien und Mälzereien 375 Gesellschaften mit 637 Millionen Mark Nominalkapital, auf die Zuckerindustrie 118 mit 187 Millionen Mark und auf die Mühlenindustrie 106 mit 131 Millionen Mark. Im Jahre 1930 erfolgten 20 Neugründungen, 2 Umstellungen, 68 Kapitalerhöhungen, 11 Kapitalherabsetzungen, 17 Konkurse und 44 sonstige Auflösungen. Die Konzentration des Aktienkapitals ist also auch in unseren Berufs- und Gewerbegruppen 1930 weiter fortgeschritten.

Die größte Aktiengesellschaft im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist die Schulteis-Bahnhof-Brauerei N.-G. mit 90 Millionen Mark Aktienkapital. In unserer Bildstatistik geben wir eine Uebersicht der Gesellschaften nach Kapitalgrößenklassen, es ergibt sich hieraus, daß die meisten Gesellschaften ein Kapital von 100 000 bis 500 000 Mark aufweisen.

ber 1918 führte obligatorisch Arbeiter- und Angestelltenausschüsse für alle, auch staatliche Betriebe mit mindestens 20 Arbeitnehmern ein. Während der Revolution bestanden Arbeiterräte, die aber weniger wirtschaftliche als politische Funktionen hatten.

Ein allgemeines Programm für das wirtschaftliche Räteystem stellte die Reichsverfassung vom Jahre 1919 auf. Und im Jahre 1920 brachte das Betriebsrätegesetz die obligatorischen Betriebsvertretungen grundsätzlich für alle Betriebe mit mindestens fünf Arbeitnehmern.

Das Wesen der Betriebsvertretungen ist verschieden. Sie können ihrem Zweck nach sein:

1. Politische Betriebsräte, wie in Deutschland zur Zeit der Revolution und in Rußland;
2. Wirtschaftspolitische Betriebsräte, wie in England;
3. Sozialpolitische Betriebsräte, wie in den nordischen Staaten.

Die auf Grund des B. G. bestehenden Betriebsvertretungen sind eine Verbindung von wirtschafts- und sozialpolitischen Betriebsräten.

1. Sie sind die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeitnehmer des Betriebes und haben nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer, sondern auch die Interessen des Betriebes als solchen wahrzunehmen.
2. Zwischen den ehemaligen Arbeiterräten und den Betriebsvertretungen besteht kein sachlicher, sondern nur ein äußerer Zusammenhang.

Die Betriebsvertretungen sind zwar aus den Arbeiterräten entstanden und zeigen auch eine gewisse formale Ähnlichkeit mit den Arbeiterräten. Sie haben aber im Gegensatz zu den Arbeiterräten keine politischen, sondern wirtschaftliche Aufgaben.

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen fielen unter besonders schlechte wirtschaftliche Verhältnisse. Eine Krise, wie sie die Weltgeschichte noch nie gesehen hat, raft über den ganzen Erdball. Es kracht in allen Fugen der kapitalistischen Wirtschaft. Jäh verteidigt der Kapitalismus seine Positionen, er will allein diktieren. Fünf Millionen Erwerbslose sind Zeugen der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems. Wir als freie Gewerkschafter und Sozialisten fordern eine neue Wirtschaftsordnung. Findet die planlose Produktion den Ausweg aus diesem Chaos nicht mehr, dann muß die planmäßige, die sozialistische, an ihre Stelle treten.

Nicht im Geiste der NSD., nicht im Geiste der Nazis will die Arbeiterschaft marschieren, das haben die Betriebsrätewahlen trotz schlechter Konjunktur, Massenarbeitslosigkeit und Massenelend bewiesen. Getreu den Richtlinien des B. G., der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, werden die Betriebsräte ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen: denn die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat erkannt, der Kampf geht um die Wirtschaftsmacht. Die freien Gewerkschaften und die SPD. haben zur Ueberwindung der ungeheuerlichen Krise Wege gewiesen — werden sie nicht erfüllt — dann wird die Welt andere Wege suchen müssen, die nur in der Richtung des Sozialismus möglich sind.

Vom Hause Freybe

Man höre: Vor ein paar Wochen berichteten die Zeitungen über einen Selbstmordversuch in der Kleinen Domstraße. Der Lebensmüde, um den es sich dabei handelte, war der Bruder des Reichstagsabgeordneten Freybe, Hans Freybe. Er hatte versucht, sich mit Gas zu vergiften, war aber im letzten Augenblick von seiner Frau aufgefunden, ins Krankenhaus eingeliefert und gerettet worden.

Was waren die Beweggründe zu dieser Verzweiflungstat? In erster Linie ein aufreibender und zermürbender Bruderkampf, dessen Anfänge viele Jahre, nämlich bis 1921 zurückreichen. In diesem Jahre gingen Hans und Karl Freybe eine offene Handelsgesellschaft ein, an der sie zu gleichen Teilen beteiligt waren. Die Abgrenzung der geschäftlichen Kompetenzen erfolgte in der Art, daß Karl Freybe, also der Reichstagsabgeordnete, das väterliche Stammgeschäft in der Frauenstraße weiterführte, während der Bruder die Leitung der Fleischerei in der Kleinen Domstraße übernahm. Eine Zeitlang bewährte sich diese Zweiteilung ganz gut. Ja, selbst noch im Stadium des Grundstücksankaufs in der Kleinen Domstraße im Jahre 1922 waren die Beziehungen die denkbar besten. Ein Verschlechterung trat erst in in der darauffolgenden Zeit im Gefolge von Schwierigkeiten in dem Zweiggeschäft ein, die sehr bald eine solche Verschlechterung erfuhren, daß Karl Freybe von 1928 ab mit allen Mitteln die Auflösung der offenen Handelsgesellschaft anstrebte. Der Bruder wollte zuerst nicht in diesen Schritt einwilligen, weil ihm die Bedingungen und insbesondere die vorgeschlagene Verteilung der Aktiven und Passiven untragbar erschienen. Nachher hat er sich jedoch bereden lassen und trotz aller Bedenken seine Zustimmung gegeben.

Ab 1. November 1928 bestand die Gesellschaft nicht mehr, von diesem Zeitpunkt ab war Hans Freybe alleiniger Inhaber des Ladens in der Kleinen Domstraße. Dabei sollte sich sehr bald bestätigen, was er anfänglich befürchtet hatte. Das Geschäft geriet in dem Augenblick in eine schwere Krise, in dem der Inhaber mit einer schlimmen Krankheit — die Folge eines Kriegesleidens — im Krankenhaus lag. Die Schwierigkeiten spitzten sich derart zu, daß das Stammgeschäft auf Anordnung Karl Freybes sogar die Lieferung von Wurstwaren einstellte, die beizubehalten bei der Trennung vereinbart worden war. Hierdurch wurde das Geschäft vollends erschüttert, es erlitt einen Umsatzverlust von etwa 50 Prozent, der in keiner Weise ausgeglichen werden konnte. Da andere Lieferanten nicht zu bewegen waren, ihrerseits das Geschäft zu versorgen, mußte es im November 1929, also nach einjährigem Bestehen, geschlossen werden. An Stelle Hans Freybes übernahm es sein Bruder Karl, wobei die Gläubiger nur zum geringen Teil abgefunden werden konnten, so daß selbst der Anteil Hans Freybes an dem Grundstück versteigert werden mußte.

Seit dieser Zeit war der letztere ohne jedes Einkommen und ohne Arbeit. Er geriet in immer größere wirtschaftliche Not, die noch dadurch verschlimmert wurde, daß der Reichstagsabgeordnete den Bruder dauernd wegen der Begleichung noch ausstehender

Forderungen bebrängte. Dieser Forderungen wegen spitzte sich der Kampf im Laufe der Zeit derart zu, daß von Karl Freybe mehrere Prozesse angestrengt wurden, die den Bruder allmählich völlig zermürbten und unfähig machten, sich zur Wehr zu setzen.

Als dann im Anfang dieses Jahres noch ein Prozeß wegen der von Hans F. noch benutzten Wohnräume in der Kleinen Domstraße angestrengt wurde, war es völlig um ihn geschehen. In dem Tage, an dem er die Klageschrift in dieser Sache zugestellt erhielt, faßte er den verzweifeltsten Entschluß, allem Streit aus dem Wege zu gehen und freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Der Zufall fügte es, daß er in der letzten Sekunde gerettet wurde.

Das hat indessen den Mann, der sein Widersacher war, nicht im mindesten gerührt. Der blieb so kalt wie zuvor — wiewohl er doch nicht nur der Widersacher, sondern auch der eigene Bruder und ein Politiker jener Wirtschaftspartei ist, die sich so oft und gern als Beschützer des Kleingewerbes aufspielt. Und das eben macht nach unserer Ansicht den Fall zu einem öffentlichen, dies eben ist das Aufsehenerregende an ihm: Die harte geschäftsmäßige Sachlichkeit, die Herz- und Lieblosigkeit und die erschütternde Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal des andern. Das auch ist dasjenige, was uns veranlaßt, ihn öffentlich zur Sprache zu bringen, weil wir glauben, daß sich daran die Phrase unserer wirtschaftsparteilichen Führer, der Marxismus sei schuld daran, daß die kleinen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden von den großen gefressen werden, eher bricht als an allem anderen. Trübt doch hier ganz klar hervor, daß die Profitgier des Stärkeren selbst dann der Tod des Schwächeren ist, wenn es sich um den leibhaftigen Bruder handelt.

Der junge Gehilfe

Am 26. März beendeten in Berlin 47 Konditorlehrlinge ihre Lehrzeit. Ausgerüstet mit den beruflichen Fähigkeiten und mit dem Prädikat „gut“ oder „sehr gut“ ausgezeichnet, verlassen sie ihre Lehrstelle zwangsweise. Was früher als freudiger Wendepunkt im Leben eines jungen Handwerkergehilfen galt, gestaltet sich heute als grausames Schicksal. Wie wenige von den die Lehrzeit beendenden jungen Leuten haben das Glück, ihre in der Lehrzeit erworbenen Berufskenntnisse verwenden oder erweitern zu können. Sie werden entlassen und finden keine Arbeit. Das große Heer der Arbeitslosen wird durch sie erweitert und da sie keine wirtschaftliche Rückendeckung im Elternhause haben, droht ihnen Hunger und Not. Die größte Gefahr liegt auch darin, daß in einigen Monaten der Grundbegriff der erlernten Berufskenntnisse wenn auch nicht ganz verlorengeht, so doch wesentlich verflacht. Mut- und Hoffnungslosigkeit greifen Platz und erzeugen Resignation.

Die harte Zeit der Gegenwart stellt auch diese Berufsgruppe vor schier unüberwindliche Aufgaben. Leider tragen die Unternehmer dieser Situation nicht Rechnung. Wohl erkennen sie den Mißstand der großen Lehrlingszüchtereier an, ziehen daraus aber keine praktischen Folgerungen. Den jungen in das Leben hinausstreichenden Konditorgehilfen Trost und Mut zuzusprechen, wie der Berliner Obermeister anlässlich der Freipredigung der Lehrlinge es getan hat, ist ein billiges Geschenk. Das Grundübel liegt darin, daß die Verordnung über Lehrlingshaltung, wie sie für das Bäcker- und Konditorgewerbe besteht, nicht respektiert wird. Es wäre ein dankbares Gebiet der Innung, dafür zu sorgen, daß sie mit aller Schärfe

die Gesetzesverächter zur Reison bringt und sie zur Einhaltung der Gesetze erzieht.

Weiter wird eine Verschärfung der bestehenden Verordnung über Lehrlingshaltung nicht länger zu umgehen sein. Unser Verband hat bereits in mehreren Denkschriften an die Regierung darauf hingewiesen, daß die bestehende Verordnung sehr reformbedürftig ist und Abhilfe geschaffen werden muß. Es liegt im Interesse aller im Konditorberuf Tätigen, dafür zu sorgen, daß dieser Zustand beseitigt wird und alle wieder Lohn und Brot im Berufe finden.

Was die Wahlen am 14. September Preußen kosteten

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Wahlen zum Deutschen Reichstag am 14. September und der Einzug der 107 Nazis in den Reichstag dem deutschen Volke Hunderte von Millionen Mark kosteten und dadurch die Arbeitslosigkeit weiter stark zunahm. Was die Wahlen dem Lande Preußen kosteten, geht aus folgenden Ausführungen des Finanzministers Dr. Höpfer-Achhoff im Preußischen Staatsrat hervor. Er sagte u. a.: Die erste 6,5prozentige Dollaranleihe von 1926 wurde zu einem Kurs von 95 ausgegeben. Sie hielt sich gut und stieg langsam. Im Frühjahr 1927 erreichte sie den Höchststand von 100,75. Das war die Folge der starken Flüssigkeit am Geld- und Kapitalmarkt, nicht nur in Deutschland — damals wurde in Deutschland die Reinhold-Anleihe ausgegeben —, sondern auch auf den ausländischen Märkten. Es kam dann der Sturz im Mai 1927 unter dem Eindruck der Pariser Verhandlungen; die Anleihe ging damals auf 91,125 zurück, erholte sich im Laufe des Jahres 1929 wieder langsam, erreichte am 31. März 1930 einen neuen Höchststand von 96,75, sank dann langsam bis zum 10. September 1930 — und dieses Datum ist politisch interessant: wir hatten am 14. September die Wahlen — auf 92,50 Proz. und dann vom 10. September bis 20. September auf 88,50 Proz. herunter. Hier wirkten sich die Wahlen als politisches Ereignis aus. Sie hat sich dann wieder erholt, ist weiter heruntergegangen und steht zur Zeit auf 79,25, also ein außergewöhnlich schlechter Stand, den aber dieses Papier mit allen deutschen Papieren am amerikanischen Markt teilt.

Bei der sechsprozentigen Dollaranleihe von 1927 ist die Entwicklung ähnlich. Sie wurde im Jahre 1927 zu einem Emissionskurs von 96,50 ausgegeben. Dieser Kurs hielt sich zunächst gut mit geringen Schwankungen nach oben und unten. Es folgte dann im Mai 1929 unter dem Eindruck der Pariser Verhandlungen ein Absturz. Am 21. Mai 1929 stand die Anleihe nur noch auf 85. Im Laufe des Jahres folgte wieder eine allmähliche Erholung bis Anfang 1930, sie stand am 20. März 1930 auf 92,12, darauf trat ein langsames Absinken bis zum 10. September auf 88,37 ein, und sie stand am 20. September 1930 auf 84,875. Hier ist also ein starker Sturz unter dem Eindruck der Wahlen festzustellen. Hierauf folgt ein weiteres Absinken infolge der Verwirrung auf dem amerikanischen Kapitalmarkt bis zum augenblicklichen Tiefstand von 71,125.

Die sechsprozentige preußische Inlandsanleihe von 1928 wurde zu 93 ausgegeben. Sie ist zunächst ein wenig abgeunken und hat sich eigentlich ohne Schwankungen auf einem Kurs von 91,40 gehalten, auch im Frühjahr 1929; sie hat unter dem Eindruck der Pariser Verhandlungen nicht gelitten. Im Jahre 1930 steigt sie dann langsam und erreicht am 10. September 1930 einen Höchststand von 100,2 Proz. Dann folgt unter dem Eindruck der Wahlen der Absturz bis zum 20. September 1930 auf 98,70, dann ein weiteres

langsames Absinken bis zur Zeit auf 95,30. Daraus ist zu erkennen, daß auch den preußischen Staat und den Besitzern der Anleihepapiere Hunderttausende mit dem Einzug der Nazis in den Reichstag verloren gingen. Ein teurerer Sieg für die besitzende Klasse, der ihr nichts nutzen wird.

Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetz?

Die Reichsregierung halte, um gegen die Arbeitslosigkeit und ihre Gefahren energisch anzukämpfen zu können, vor längerer Zeit eine Gutachterkommission eingesetzt, die die Aufgabe hatte, zu untersuchen, welche Maßnahmen zweckdienlich sind, um die drückende Last der Arbeitslosigkeit zu mildern. Den Vorsitz in dieser Kommission führte der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Kommission hat nunmehr ein Gutachten vorgelegt, in dem die Arbeitszeitverkürzung und die Frage der Doppelverdiener behandelt werden.

Das Gutachten verlangt zunächst Verwaltungsmaßnahmen dahingehend, daß in allen eigenen Betrieben und Verwaltungen des Reiches (einschließlich der Reichsbahn, der Reichspost und der Reichsbank), der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der Unternehmungen, in denen eine dieser Körperschaften maßgeblich beteiligt ist, lange Arbeitszeiten und Überarbeit, soweit irgendwie entbehrlich, unverzüglich zu beseitigen sind. Außerdem sollen bei Aufträgen, die von diesen Körperschaften zu vergeben sind, die Lieferfristen so bemessen werden, daß Überstunden nicht gemacht werden brauchen. Von den Schlichtungsbehörden wird verlangt, daß sie auf die Vertragsparteien zwecks Verkürzung der Arbeitszeit in den Tarifverträgen einwirken sollen, erforderlichenfalls im Wege der Verbindlichkeitsklärung kürzere Arbeitszeiten herbeiführen.

Neben den in Vorschlag gebrachten Verwaltungsmaßnahmen werden folgende Grundzüge für einen Gesetzentwurf vorgelegt:

1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates für einzelne Gewerbebezirke oder Berufe nach Benehmen mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Dabei ist zu prüfen, ob die Herabsetzung technisch und wirtschaftlich möglich und nach der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeiter durchführbar ist.

2. Auf Betriebe, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigt werden, erstreckt sich diese Ermächtigung nicht.

3. Wenn eine solche Anordnung der Reichsregierung ergeht, erlöschen die Bestimmungen der Tarifverträge, die ihr widersprechen, mit dem Ablauf eines Monats nach Verkündung der Anordnung.

4. Wenn von der Befugnis zur Überschreitung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit Gebrauch gemacht werden soll, die auf Grund der §§ 2 und 5 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 in Tarifverträgen vorgesehen sind, so ist dazu die Zustimmung einer der im § 6 der Arbeitszeitverordnung bezeichneten Behörden erforderlich. Dies gilt sowohl da, wo sich die Dauer der Höchstarbeit aus den Vorschriften der Arbeitszeitverordnung ergibt, als auch da, wo sie nach Nr. 1 herabgesetzt worden ist.

5. Die in § 11 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 und § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit in

„Bockbier“

Ueber die Entstehung und die Namengebung des Bockbieres ist schon außerordentlich viel berichtet worden. Nach einer alten Sage, die in ein poetisches Gewand gekleidet ist, soll das Bockbier auf folgende Weise entstanden sein. Als einst der Kurfürst Maximilian von Bayern mit dem Herzog von Braunschweig auf einem Schlosse des braunschweigischen Herzogs ein Fest feierte, behauptete der bayerische Kurfürst, die braunschweigische Mumme sei nur ein schales Zeug, dagegen sei das bayerische Bier ein Getränk, mit dem sich kein anderes vergleichen lasse. Nun gingen die beiden Fürsten eine Wette ein, welches Bier besser sei, das Braunschweigische oder das Bayerische. In der alten Sage heißt es:

„Berzählt, Herr Better!“ rief der Herzog ein,
„Ihr müßt durch dies Getränk im Irrtum sein;
Nie hörte ich die Münchener Biere loben,
Nie tadeln dieser „Mumme“ kräftig Loben.
Was Ihr da edel nennt und dünn und schal
Ist euer Zeug!.. O, wär hier ein Pokal,
Den's wahrlich schändet — Münchner gleich zur
Stelle.

Ihr hättet „Buzenschlamm“ für eine reine Quelle;
So jauchzt, bitter schmeckt der Bayern Bier!
Doch Göttertrank ist unsre „Mumme“ hier!
„Will, Better, still mit Eurem zornigen Schreien,
Wir wollen nicht wie Brauer uns entzweien!“

Doch bleibt's dabei: Der Bayern Bier ist stark,
Erfrischt das Herz und stärkt Bein und Mark.
Auch daß es kräft'ger, als da Eure Mumme,
Geht eine Wette ein, nennt eine Summe,
Bestimmt die Weiße dann... hier, diese Herren
Sie sind dabei, ich weiß, sie zechen gern.“

Die abgeschlossene Wette ging dahin, daß der unterlegen sein sollte, der nach sechs Maß Bier, auf einem Bein stehend, keine Nähnadel mehr einzufäden imstande wäre, und zwar sollte der bayerische Kurfürst sechs Maß Mumme, der Herzog von Braunschweig aber sechs Maß bayerisches Bier trinken! Der Kurfürst von Bayern reiste in seine Residenz zurück und ließ alle Brauer in der Umgebung kommen, denen er den Auftrag gab, ein recht starkes Bier zu brauen. Kein einziges Gebräu entsprach aber den Anforderungen, die der Kurfürst gestellt hatte. Der Kurfürst merkte ob der vorausgesetzlichen Niederlage wütend und rief seinen Brauern zu:

„Ihr Schlempebrauer seid besiegt!
Beim Teufel, seht, verliert ich Ehr und Werte,
So ist das Zuchthaus Eure Ruhfestätte!“

Dann heißt es aber in dem alten Poem weiter:

„Da, wie vom Himmel hergesendet, spricht
Ein feistes Männlein, kupfricht im Gesicht:
„Wenn Eure Durchlaucht schenken mir Vertrauen,
Will ich ein köstlich starkes Bierlein braun!“

Ein Bierlein, so, bei meiner Seel',
Daß eine Karne spült die Sinne fehl.
Bin Klosterbrauer, brau für Mönch und Pfaffen,
Die sich bemü'n, den Himmel uns zu schaffen.
Macht mein Gebräu zuschanden nicht die Mumme,
Kennt mich ein ledern Pferd und eseldumm!“

Der Klosterbrauer soll darauf auch ein „Bierlein“ zusammengebräut haben, das sich überall sehen lassen konnte. Der Tag der Wette kam heran und in dem gleichen Schlosse, in dem vorher die Festlichkeit abgehalten worden war, begann das Zechen.

Wie verabredet, mußte der bayerische Kurfürst „Mumme“ trinken, der Herzog aber das Getränk des bayerischen Klosterbrauers. Schließlich wurde das Zechgelage aufgehoben, und nun wollten die beiden Fürsten an das „Einfäden“ gehen. Der bayerische Kurfürst brachte es auch noch fertig, auf einem Bein stehend den Faden durch das Nadelöhr zu ziehen, den Braunschweiger Herzog aber hatte das Bier so bezecht gemacht, daß er hinfürzte und sich nur mit Hilfe der Diener wieder aufrichten konnte! Nun wollte aber der Herzog durchaus nicht zugeben, daß ihn das bayerische Bier zu Fall gebracht habe, sondern er behauptete, ein Bock habe ihn hingestoßen!

Darauf bat sich der Klosterbrauer von seinem Kurfürsten die Gnade aus, sein Bier „Bockbier“ nennen zu dürfen. Dies wurde ihm gewährt, und seit dieser Zeit haben wir das Bockbier.

den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 vorgesehene Mindeststrafe für die vorsätzliche Ueberschreitung der Arbeitszeit wird auf fünfzig Reichsmark erhöht.

6. Die Absätze 2 bis 4 des § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 werden durch folgende Vorschrift ersetzt: Als angemessene Vergütung gilt ein Viertel des auf die Mehrarbeit entfallenden Grundlohns, wenn die Beteiligten keine höhere Vergütung vereinbart haben.

7. Der Anspruch des Arbeitnehmers auf eine zusätzliche Vergütung für die Mehrarbeit wird auf die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen.

Zum Teil entspricht dieser Entwurf den Forderungen der Gewerkschaften. Ueberraschend ist allerdings, daß alle Betriebe mit weniger als zehn Mann Belegschaft von der Arbeitszeitverkürzung ausgenommen werden sollen. Würde dieser Vorschlag Gesetz, dann wird nicht nur einer Halbheit zum Siege verholfen, sondern auch die heute gerade noch in diesen Klein- und Mittelbetrieben herrschenden Arbeitszeitüberschreitungen sanktioniert werden. Die Kommission hat nähere Gründe zu einer solchen Ausnahmsbehandlung der Kleinbetriebe nicht angegeben. Sie dürften auch kaum so stichhaltig sein, daß damit eine solche Ausnahme gerechtfertigt werden könnte. Aber noch ist der Entwurf nicht Gesetz, und es ist zu hoffen, daß bei der endgültigen Beratung Ausnahmen nicht zugelassen werden, denn auch für die Beschäftigten in den Kleinbetrieben tut eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend not.

Im anderen Teil des Gutachtens wird von den Behörden verlangt, daß diese ihren Beamten und Angestellten jegliche bezahlte Nebenbeschäftigung verbieten. Für private Betriebe wird eine solche Forderung nicht erhoben, und doch wäre es gerade auch hier angebracht, dem Doppelverdienstern gesetzliche Schranken zu ziehen.

In der Frage des Ausscheidens der verheirateten Beamtinnen wurde ein Mehrheitsbeschluß vorgelegt, der besagt, daß den Beamtinnen durch Abfindungsummen ein Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden zu geben sei. Ein ebenfalls im Gutachten enthaltener Minderheitsbeschluß verlangt, derartigen Beamtinnen unter Gewährung einer Abfindungssumme zu kündigen, sofern ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert erscheint. Am Ende des Gutachtens verlangt die Kommission, daß die sozialen Verhältnisse bei der Besetzung von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen die Arbeitgeber im Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen die Belegschaften daraufhin durchprüfen, ob Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen im Betriebe vorhanden sind und ohne unbillige Härte und ohne Verletzung der Betriebsinteressen ersetzt werden können. Die Arbeitsämter sollen verpflichtet werden, bei gleicher Eignung mehrerer Arbeitsuchender die sozialen Verhältnisse bei ihren Vorschlägen zu berücksichtigen.

Aus den hier vorliegenden Vorschlägen ist ohne Zweifel sehr viel herauszunehmen, was schnell verwirklicht werden kann und Aussicht bietet, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Es kommt nur auf den guten Willen der Beteiligten an. Inwiefern dieser auf Unternehmenseite vorhanden ist, wird sich recht bald erweisen. Zunächst hat aber erst die Reichsregierung das Wort, die sich in den nächsten Tagen mit dem Gutachten befassen wird. Hoffentlich beizt sie sich und bleibt nicht wie die Kommission auf halbem Wege stehen.

Tarifikampf im bayerischen Braugewerbe

Der bayerische Brauerbund kündigte den Landestarif zum 28. Februar 1931 und unterbreitete den Arbeiter-Tarifparteien Forderungen, die ganz bedeutende Verschlechterungen gegenüber den seitherigen Tarifbestimmungen enthielten. Unter anderem verlangten sie eine 54- bis 57stündige wöchentliche Arbeitszeit. Von unserer Organisation wurde die 42-Stunden-Woche gefordert. In Verhandlungen am 18. und 19. Februar kam es zu keiner Einigung, da die Unternehmer auf ihrer Forderung bestanden und unter keinen Umständen bereit waren, eine Verkürzung der Arbeitszeit tariflich festzulegen, obwohl eine dringende Notwendigkeit hierfür besteht, wenn mit Erfolg der großen Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden soll. Die Streitfrage ging an ein Tariffschiedsgericht, das unter Vorsitz des Arbeitsrichters Dr. Gijt einen Schiedspruch fällte, wonach unverständlicherweise die Forderungen der Brauereien bis zu fast 90 Proz. erfüllt wurden, hingegen die Forderungen der Arbeiter vollständig unberücksichtigt blieben. Nach diesem Schiedspruch sollte den Unternehmern das Recht bis zu einer 57stündigen Arbeitswoche eingeräumt werden und andererseits sollten sie das Recht erhalten, wenn die Verhältnisse im Betriebe es erfordern, auch unter 48 Stunden arbeiten lassen zu können.

Selbstverständlich ist dieser Schiedspruch in allen Versammlungen von der Kollegenschaft zurückgewiesen worden. Darauf wurde vom bayerischen Brauerbund beim Landeslichter beantragt, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Auch hierüber wurde keine Einigung erzielt, so daß der Landeslichter die Verbindlichkeit ablehnte. Um eine tariflose Zeit zu vermeiden, haben die Tarifparteien vereinbart, daß der jetzige Landestarifvertrag bis zu einer Einigung verlängert wird, jedoch zunächst bis zum 30. April 1931.

Wir wünschen, daß bis dorthin auf Unternehmenseite eingesehen wird, daß ihre unmöglichen Forderungen von den Brauereiarbeitern nicht angenommen werden können. Wir erwarten, daß die Vernunft sich Bahn bricht, wenn die große Wirtschaftsmisere behoben werden sollte, dann muß auch die Brauindustrie zu einer Verkürzung der Arbeitszeit schreiten.

Der Kampfmeyer-Konzern

Nach den vorliegenden Abschlüssen der Betriebsergebnisse im vergangenen Jahr kann dieser Konzern eine zufriedenstellende Bilanz in seinem Betrieb verzeichnen. Trotz der außerordentlich ungünstigen Geschäfts- und Wirtschaftslage, die besonders hervorgehoben wurde für die Mühlenindustrie, durch die unerhörte Zollschraube auf Einfuhr von Auslandsgetreide konnte die dem Konzern angeschlossene Wesermühle AG. in Hameln bei gleicher Beschäftigung wie im Vorjahre und nach erhöhten Abschreibungen einen Reingewinn von 279 000 Mk. verzeichnen und wiederum 8 Proz. Dividende verteilen. Von diesem Betriebe wird auch berichtet, daß im neuen Geschäftsjahr die Beschäftigung bisher zufriedenstellend ist. Hier ist durch die Verminderung der Warenvorräte von 3,9 auf 2,6 Millionen eine beträchtliche Entspannung eingetreten.

Versieffer u. Viehmann AG., Köln-Deutz zahlte eine Dividende von 5 Proz. an die

Aktionäre, ebenfalls werden befriedigende Abschlüsse von der Schüttdampfmühle N.-G., Berlin, und Hildebrandt u. Söhne, Rheinmühlenwerk N.-G., Mannheim, gemeldet. Auch in diesen Betrieben wurden ähnliche Ergebnisse wie im Vorjahr erzielt.

Allgemein wird in den Geschäftsberichten Klage erhoben, über die von der Regierung betriebene Agrarpolitik, durch die auf die Interessen der Mülereien zu wenig Rücksicht genommen wurde und die Sicherheit der kaufmännischen Kalkulation dadurch gefährdet wird.

Die hereingefallenen Christen

Die Bremer Mühlen waren schon immer ein schwieriges Kampffeld für die freien Gewerkschaften. Die Situation wurde noch erschwert durch den Streik 1928 in der Hansamühle, der erfolglos abgebrochen werden mußte. Nun war in der Hansamühle der Stahlhelm Trumpf. Während sich die organisierten Arbeiter nicht mühen durften, konnten die Stahlhelmer ohne Einschränkung ihren Kampf gegen die freien Gewerkschaften führen.

Nach zäher Arbeit gelang es, 1929 wieder festen Fuß zu fassen und die Mehrheit im Arbeiterrat zu erringen. Daran änderte sich auch 1930 nichts. Nun führten die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu, daß im Vorjahre die Hansamühle stillgelegt und der Betrieb selbst von der Rolandmühle übernommen wurde. Dadurch fand auch der Stahlhelm mit seiner Stahlhelm-selbsthilfe Eingang in die Rolandmühle. Während hier bei der Arbeiterratswahl bis 1930 nur eine Liste bestand, auf der auch den Christen ein bescheidener Platz eingeräumt wurde, gab es jetzt drei Listen.

Der Kampf galt in erster Linie dem größten Feind der organisierten Arbeiterschaft, dem Stahlhelm. Zwischen unserem Verband und den Christen bestand bis kurz vor der Wahl Kampfstimmung. Vor Loresschluß kam es anders. Die Christen glaubten noch einen besonderen Schachzug machen zu können, wenn sie in einem Flugzettel unseren Spitzenkandidaten in hinterlistiger Weise anpöbelten, obwohl sie nach ihren eigenen Aussagen stets gut mit ihm zusammenarbeiteten. Dieser böhsche Streich brachte nicht nur Empörung bei unseren Kollegen, sondern auch bei den Christen. Und der Erfolg: Die Christen verloren ein Mandat an den Stahlhelm, während wir unsere fünf Mandate hielten. Die Christen können sich also rühmen, mit ihrer Taktik vom Stahlhelm den Kampf erleichtert zu haben. Auch ein Erfolg!

Geldquellen der Nazis

Folgendes Geheimschreiben aus dem Hauptquartier der Nazis ist in die Öffentlichkeit geplatzt:

„Reichsgeschäftsstelle Braunes Haus.

München, den 4. März 1931.

Briener Straße 45.

Geheim!

S. — R.

An den Gauleiter des Kreises Hessen.

Darmstadt.

An Kampfschahspenden für den Gau Hessen sind eingegangen 15 000 Mk. Beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Dyckerhoff, Dr. A. Dyckerhoff, Diplom-Ingenieur A. Gastell sowie die Direktoren Schindler und Jung. Diese Spenden verpflichten bei weiteren Einstellungen zur besonderen

Lob und Preis dem Bayerischen Biere im Parlament!

Daß man in einem Parlament dem Bayerischen Bier ein Loblied singt, dürfte wohl zu den Seltenheiten gehören, und doch war dies schon einmal der Fall. Im Jahre 1880, als im Preussischen Abgeordnetenhaus die Schanksteuerdebatte und zwar für die Besteuerung des Branntweins auf der Tagesordnung stand, war es . . . und dies ist das bemerkenswerteste . . . kein bayerischer Abgeordneter, sondern der damalige Abgeordnete Dr. Alexander Meyer aus Breslau, der eine Lobhymne auf das „Bayerische Bier“ aufstimmte, und dessen Ausführungen oft Heiterkeitsausbrüche und wahre Lachsalven auslösten. Nach noch vorhandenen Aufzeichnungen führte dieser Abgeordnete Folgendes aus:

„Zwischen Bier und Branntwein besteht derselbe Unterschied wie zwischen Orzmuß und Ahri-man (!) . . . Der gesteigerte Bierkonsum zeigt in der Tat von einem Fortschritt, zu dem man sich ohne Erröten bekennen kann, und wenn man die großen, hellen, lustigen Lokale beispielsweise der Münchener Brauereien sieht, so erkennt man sofort, daß hier doch ein wesentlicher Unterschied gegen die Branntweinschenken besteht . . . Der Branntweinkonsument scheidet das Licht, er geht in die dunkle „Kabada“ und von da zum stillen Trunk im Haus . . . Der Branntwein ist ein „fremder Tropfen“ in unserem Blute, er ist von einem durchaus rassener-schiedenen Volke „im-

portiert“ . . . Das Bier aber ist durchaus verflochten mit der ganzen Geschichte des deutschen Volkes; schon aus Tacitus Zeiten wissen wir von einem Bierkonsum des deutschen Volkes. Es gehört notwendig zu den Anforderungen, die ein geistiges Volk stellen kann, daß ihm ein Getränk geboten wird, bei dem es nach getaner Arbeit in heiteren und verständigen Gesprächen sich erholen kann! Dies sei eine soziale, eine kulturhistorische Notwendigkeit! . . . Man hat sich oft den Kopf zerbrochen, wie es kommt, daß die Kulturvölker des Altertums, die Phönizier, die Karthager usw. nach kurzem Glanze wieder untergegangen sind. Man kann ja darüber verschiedener Meinung sein: Ich bin der Ueberzeugung, die Leute haben sich nicht halten können, weil sie nichts vernünftiges zu trinken hatten! (Die Aufzeichnungen enthalten hier die Bemerkung: „Große anhaltende Heiterkeit!“) Der Branntwein zehrt am Mark des Körpers, er stirzt zuletzt in Wahnsinn, vernichtet den Menschen körperlich und geistig; aus dem Bierkonsum sind derartige Nachteile niemals hervorgegangen! Selbst jemand, der das rechte Maß nicht immer innegehalten hat, kann sich doch immer noch in ganz natürlicher Weise präsentieren! (Wieder große Heiterkeit!) Das Bier ist auf das innigste verflochten mit dem ganzen neueren Gang unserer politischen Entwicklung! (Erneute Heiterkeit.) Die verschiedenen Arten des Bieres waren ein „Spiegelbild“ des deutschen Partikularismus. Jede Stadt hatte ihre besonderen Namen, ihre besondere Art zu brauen, und Biere von ganz besonderer Beschaffenheit; in

unserem Jahrhundert ist Schritt für Schritt mit den politischen Einheitsbestrebungen auch das Bestreben zur Herstellung eines gemeinsamen Nationalgetränktes, des „untergärigen Bieres“ gegangen. Als die politischen Bestrebungen der Burschenschaften gescheitert waren, als die Burschenschaften sahen, daß es auf dem eingeschlagenen Wege nicht ginge, da machten sie „Propaganda“ für die Ausdehnung des Konsums von „Bayerischem Bier“; da dichtete z. B. Bollheim da Fönjeca sein Lied: „Sind wir nicht zur Herrlichkeit geboren? . . .“ Von 1866 ab, nachdem wir die ersten großen politischen Erfolge auf dem Gebiete der Einheit errungen hatten, stellte sich das Bier in eleganter Gestalt dar; die Lokale wurden auch für den schöneren Teil des Menschengeschlechts zugänglicher. Statt „Deckelgläser“ wurden elegantere Formen, die sogenannten „Tulpen“ gewählt. Und nach den großen Erfolgen von 1870/71 geschah der letzte Schritt auf dieser Bahn: Das Bier wurde salonsfähig und ich brauche nicht daran zu erinnern durch wen!“ (Gemeint war Bismarck!) Wir dürfen den sittlichen Kampf gegen Branntwein nicht auf das Bayerische Bier ausdehnen: wir können dasselbe nicht entbehren! Gerade in den abendlichen Unterhaltungen beim Bier gleichen sich die Gegenätze aus und es würde einen ungeheuren Riß in unserem Leben geben, wenn man uns da einen Zwang auferlegen wollte!“

Gewiß eine Seltenheit, daß man dem Biere ein Loblied sang, während man heutzutage am liebsten dem Biere den „Garau“ machen möchte! Gg. F.

Auswahl von gesinnungstreuen S.-M.-Leuten, um dem Anwachsen der kommunistischen Elemente...

Nur dadurch können wir unter den Anhängern der Kommunisten mit Hilfe größtmöglicher Propaganda...

Für weitere Einstellungsmöglichkeiten unserer S.-M.-Leute in die Betriebe der obengenannten...

Die Gauleitung hat dementsprechend ihre Kreis- und Ortsgruppenführer zu instruieren.

gez. A. Hitler.

Die belogenen und betrogenen Hand- und Kopf- arbeiter, die den Nazioffizieren Gehorsam leisten...

Unsere Zeitschriften

„Technik und Wirtschaftswesen“. Das neu erschienene Aprilheft unserer fachtechnischen Zeitschrift...

An die Verbandsmitglieder wird die Zeitschrift 32 Seiten mit reichen Illustrationen versendet...

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Gesucht wird das Mitglied Optat Fischer, Brauer, der in Dortmund im Verbandsbüro seinen tschechoslowakischen Reisepaß liegen ließ...

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 26. März 1931 bis 10. April 1931.

(Postkontos der Hauptkasse: Berlin 12 673 Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin 22 40.)

Ortsgruppen:

- List of regional groups and their membership numbers across various German cities like Bonn, Köln, Düsseldorf, etc.

Einzelmitglieder:

- List of individual members from various cities like Bonn, Köln, Düsseldorf, etc.

Korrespondenzen

Hannover. (Betriebsrätewahl bei Uhrberg.) Mit großem Geschrei zogen die Nazis nach den Wahlen eine Betriebszelle in dieser Fleischwarenfabrik auf...

Nach den Wahlen zeigte sich, wer hinter diesen Großsprecherieen steht. Von den 334 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste unserer Organisation 282 und die Nazis vereinigt 49 Stimmen auf ihre Liste...

Nachdem die Firma erfuhr, daß die Geschlossenheit der Betriebsbelegschaft nicht mehr vorhanden ist, wagte sie sich an die Kündigung des Tarifes heran. Nunmehr wird unsere Organisation wieder gut genug sein, die Verschlechterungsbestrebungen abzuwehren...

Wuppertal (Schinken-Spicer). Auf unsere in Nr. 14 veröffentlichte Notiz über die herrschenden Zustände bei der Firma Spicer, Fleischwarenfabrik in Wuppertal, erhalten wir nachstehende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß in bezug auf Arbeitszeit und Behandlung der Belegschaft bei der Firma Spicer, Fleischwarenfabrik in Wuppertal Zustände herrschen...

Auf unsere bei unserem Gewährsmann eingezogenen Erkundigungen wird uns mitgeteilt:

Für die Behauptungen die in dem Artikel aufgestellt sind, kann der Wahrheitsbeweis erbracht werden. Wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit werden Klagen bereits seit zwei Jahren vorgebracht...

Bezeichnend für die Berichtigung ist jedoch die Bestreitung der Tatsache, daß polizeiliche Vernehmungen vom Gewerbeaufsichtsamte angeordnet wurden, auch hierfür können wir den Beweis erbringen...

Gewerkchaftl. Rundschau

Gewerkchaftliche Konzentration. Die Konzentrierung der Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung macht immer weitere Fortschritte. Der 17. Verbandstag des Dachdeckerverbandes...

Zimmerer-Verband. Ein außerordentlicher Verbandstag der Zimmerer in Hannover stimmte dem Entwurf des neuen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe zu...

40 Jahre Lithographen- und Steindruckerverband. Die Zahl der Organisationen, die über eine erfolgreiche vier Jahrzehnte währende Tätigkeit berichten können, hat sich abermals um eine erhöht...

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach dem Rückschlag, den die in der zweiten Februarhälfte einsetzende Besserung auf dem Arbeitsmarkt durch den plötzlichen Kälteeinbruch...

Weltgetreidekonferenz. Nach achtätägiger Dauer wurde die Weltgetreidekonferenz in Rom am 2. April geschlossen. Es hatten teilgenommen 21 außereuropäische und 27 europäische Vertreter...

dargestellt wird, vermögen wir nichts zu ersehen. Vielleicht werden erst die für die Allgemeinheit wichtigen Beschlüsse nach der Londoner Konferenz, die im Mai stattfinden soll, ersichtlich. Selbst nicht die von dem deutschen Delegierten Dr. Hermes vorgebrachten Empfehlungen, mögliche Steigerung des Getreidekonsums zu veranlassen, mag uns nicht davon überzeugen, daß dadurch eine Belebung auf dem Getreidemarkt eintreten wird. Die Tatsachen weisen nach einer ganz anderen Richtung, nämlich seitdem mit vielen Kosten und wenig überzeugenden Gründen die Steigerung des Getreidekonsums empfohlen wird, weist er einen ständigen Rückgang auf. Es wurde auch in der Konferenz festgestellt, daß eine Verringerung der Anbaufläche für Getreide nicht in Frage kommen kann. Zur Lösung der gegenwärtigen Getreidekrise wird eine bessere Organisation des Getreidemarktes für notwendig gehalten. Von einer Verstaatlichung der Verkaufs- und Einkaufsverbände rückte die Konferenz deutlich ab.

Weizenvermahlungsquote. Die dauernde Aufrechterhaltung der Weizenvermahlungsquote auf 80 Proz. und hernach auf 65 Proz. hat sich nun doch nicht durchführen lassen. Es hat sich bestätigt, was die Mühlen, der Handel und unser Verband stets behauptet haben, daß bei einer derartig hohen Vermahlungsquote die Bestände an Inlandweizen bis zur nächsten Ernte nicht ausreichen würden, obwohl die Landwirtschaft es am liebsten gesehen hätte, wenn der Ernährungsminister eine Quote von 90 Proz. gehalten hätte. Die Herabsetzung der Weizenvermahlungsquote von 65 auf 50 Proz. für die Monate April und Mai ist ohne Anhörung der Interessenten erfolgt. Wäre die Herabsetzung nicht erfolgt, so wäre damit zu rechnen gewesen, daß vor allem die großen Binnenmühlen in den nächsten Monaten keinen Weizen mehr zum Verarbeiten hätten.

Rücktritt in Braunschweig. Im Rechtsausschuß des Braunschweigischen Landtages wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Nazis der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag aufgehoben. Die Nazis erklärten, um sich bei ihren Arbeiteranhängern nicht alles zu verschmerzen, daß auch sie für den 1. Mai als Feiertag sind, jedoch die gesetzliche Anerkennung müsse international geregelt werden. Mit dieser pharisäischen Erklärung vermuten sie, daß sie noch bei der Arbeiterschaft sich Ansehen verschaffen können.

Gegnerische Organisationen

Heinchen von Tharau. Das von der Familie Bernhard in Ruffdorf bei Oberfrohnau (Sachsen) herausgegebene Traktätchen für die blaue Gesellenvereinerung in Schlesien schweigt sich über die Niederlage des klugen Hans in Breslau aus. Wir haben daher gut getan, über die Niederlage des Allheilbringers zu berichten. Dafür wird aber ein neues Niederbuch den Mitgliedern offeriert und ganz besonders den Bäckereibroschuren die Anschaffung empfohlen. Längst ist bekannt, daß die führenden Leute des blauen Verbändchens im Lager der Nazi stehen und von hier aus ihre Sache schmeißen wollen. Wer seine fauer verdienten Groschen nicht nutzlos zum Fenster hinaus schmeißen will, der bleibe diesem Reichsverband fern.

Allgemeine Rundschau

Reichsbahn ermäßigt Fahrpreise. Die Reichsbahn ermäßigt vom 1. Mai an ihre Fahrpreise. Leider aber nicht bei den Fahrkarten für Einzelreisende, sondern nur für Gesellschafts- oder Gruppenreisen. Wenn eine derartige Ermäßigung auch nicht ganz den Wünschen entspricht, die man in der Zeit eines allgemein proklamierten Preisabbaues hegt, so sind die in Aussicht genommenen Verbesserungen immerhin so beträchtlich, daß es sich lohnt, sie hier wiederzugeben. Die Mindestteilnehmerzahl für eine Gruppenreise wurde von 20 auf 15 Personen herabgesetzt. Eine solche Gruppe erhält 25 Proz. Fahrpreisermäßigung. Finden sich 50 und mehr Personen zu einer Reise zusammen, so werden 33 1/2 Proz. Ermäßigung gewährt. Bei noch größeren Gesellschaften, die in Sonderzügen befördert werden, tritt eine noch höhere Ermäßigung ein, die bei einer Teilnehmerzahl von 600 Reisenden der dritten Klasse 50 Proz. beträgt. Außerdem werden für Gruppenreisen mit 31 bis 50 Teilnehmern eine, bei mehr als 50 Teilnehmern zwei und bei über 100 Teilnehmern drei Freifahrkarten gewährt. Auch für die Ferien-sonderzüge tritt eine Fahrpreisermäßigung ein. Bisher betrug diese 10 Proz., in Zukunft wird sie 20 Proz. betragen. Außer einigen anderen Erleichterungen, die ab 1. Mai in Kraft treten, werden auch für Jugendpflege- und Schulfahrten Verbesserungen geschaffen. Für Jugendpflegefahrten werden in Zukunft Schnellzüge zu denselben Bedingungen wie für Schulfahrten freigegeben. Bei Schulfahrten werden Begleitpersonen zugelassen, die nicht zum Lehrpersonal gehören. In besonderen Fällen ist auch gestattet, daß mehr Begleitpersonen als grundsätzlich zugelassen an einer Schulfahrt teilnehmen. Bei der Benutzung von Schnellzügen ist überdies noch die bisher bestehende Mindestentfernung von 150 Kilometer aufgehoben worden.

Internationales

Henrik Andersen †. Der Hauptkassierer des dänischen Fleischerverbandes, Genosse Henrik Andersen, ist am 26. März 1931 im Alter von 64 Jahren nach einer Operation (Krebs) gestorben.

Genosse Andersen war seit seiner frühesten Jugend in der Gewerkschaftsarbeit tätig. Im Jahre 1906 wurde er in den Hauptvorstand des Verbandes gewählt, nachdem er 11 Jahre Vorsteher der Ortsgruppe in Roskilde gewesen war. Im Jahre 1910 wurde er dann zum Hauptkassierer des Verbandes gewählt, eine Tätigkeit, die er somit ununterbrochen seit 21 Jahren ausübte.

Henrik Andersen beteiligte sich auch rege an der politischen und in Roskilde auch an der kommunalpolitischen Tätigkeit der Arbeiterklasse.

Der schwere Kampf der Bäckerarbeiter Oesterreichs. Es wirkt mehr als empörend, wenn in einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Not das Sozialministerium, dem doch die Ohhut über den Arbeiterschutz übertragen erscheint, den traurigen Mut fand, das Bäckerarbeitergesetz inhaltlich so mißzugestalten, daß es nur mehr in der Illusion weiter bestehen kann. Der Sozialminister Dr. Resch ist ein besonderer Kauz und ein

Dickhäuter dazu. Alle Einwendungen, die im Namen 10 000 freigewerkschaftlich organisierter Bäckerarbeiter ihre Vertreter mündlich und schriftlich und überdies alle österreichischen Arbeiterkammern in ihrem Gutachten zum Entwurf erhoben hatten, hat der Minister einfach ignoriert und den Gesetzentwurf unverändert am 26. März im Parlament eingebracht.

Sogar noch weitere Verschlechterungen sind den Bäckerarbeitern angedroht. Die bisherige Bestimmung des § 7 des Bäckerarbeitergesetzes hinsichtlich der Entlohnung der Ueberstunden soll um 50 Proz. verschlechtert werden. (Sein Entwurf betreffend die Abänderung einiger arbeitsrechtlicher Bestimmungen, der mit den Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung den Arbeiterkammern in der Vorwoche übermittelt wurde, bestätigt es.) Was es bewirkt hat, daß Dr. Resch, wie keiner seiner Vorgänger, einen Weg einschlagen konnte, der wirklich die Beseitigung wertvoller Arbeiterschutzgesetze bedeutet?

Böse Beispiele verderben gute Sitten! Wenn der jetzige Bundeskanzler, Dr. Ender, schon vor acht Jahren als Landeshauptmann in Vorarlberg durch die famose Verordnung das Verbot der Nacharbeit zu einer Farce gemacht hat, indem er das Ende der Nachtruhe mit 1/3 Uhr festsetzte und dabei genau wußte, daß der allgemeine Arbeitsbeginn um 1/3 Uhr eine zwei- bis dreistündige Vorarbeit voraussetzt, so daß also um Mitternacht die Bäcker mit der Arbeit beginnen müssen, warum soll der Sozialminister den Rückwärtlern bei dieser Gelegenheit nicht den ganzen Inhalt des Bäckerschutzes ausliefern?

In Wien werden es 18 000 Arbeitsstunden in einer Woche sein, die an den Samstagen als Gratisüberstunden von der Gehilfenschaft gemacht werden müssen, falls die arbeiterfeindliche Mehrheit im Parlament den Gesetzesentwurf, so wie er ist, beschließt. Die Arbeitslosen werden um die Samstagsaushilfe gebracht und auf der anderen Seite wird die Arbeitskraft der stabilen Belegschaft bei gleichbleibendem Lohn um 30 Proz. mehr ausgebeutet. Das Notopfer, das den Bäckerarbeitern auf diese Weise aufgezwungen wird, bedeutet inklusive der 25prozentigen Herabsetzung der Ueberstundenentlohnung den Verlust eines ganzen Tagelohnes in der Woche! Dieser Betrag fließt vollständig in die Taschen der Ausbeuter!

Da aber auch die Bäckerlehrlinge schon ab ihrem 14. Lebensjahre zur Nacharbeit gesetzlich zugelassen werden sollen, wird der Anreiz zur Lehrlingszuchterei eminent gefördert. Das bedeutet somit eine neuerliche Vermehrung der Arbeitslosenarmee im Bäckergewerbe, eine Verschärfung des Massenelends und eine große Bedrohung der derzeitigen Löhne.

Die Bäckerarbeiter geben ihre Sache jedoch nicht verloren. Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig! Am 10. April hatten die Betriebsräte und Vertrauensmänner der Wiener Bäckereien über die weiteren Kampfmaßnahmen gegen das Attentat des christlichen Ministers auf ihren Gesundheitsschutz beraten.

Die Bäckerarbeiter sind in ihrem Kampfe nicht allein. Ihr Schutzgesetz ist das Produkt des gemeinsamen Kampfes der klassenbewußten Arbeiterschaft und darf nicht zu einem Betrug werden. Schulter an Schulter mit der Gesamtarbeiterschaft wird es möglich werden, die Reaktion in die Schranken zu weisen und den nur aus profitgierigen Gründen unternommenen Anschlag auf dieses Schutzgesetz abzuwehren. J. Z.

Nachruf!

Im Monat Februar und März 1931 starben unsere Kollegen

Wilhelm Preuß, Invalide, Brauereiarbeiter.
Lorenz Mülf, Bäcker.
Karl Imroß, Schlosser, Engelhardt-Brauerei, Abt. Strauß.
Andreas Erdmann, Flaschenfellerarbeiter, Löwen-Böhmisch.
Friedrich Köhling, Invalide, Wauer.
Waldemar Gebre, Flaschenfellerarbeiter, Rindl-Brauerei, Abt. I.
Willy Müller, Brauereiarbeiter.
Franz Weber, Invalide, Stallmann.
Karl Weber, Brauereiarbeiter, Löwen-Böhmisch.
Max Scherwagke, Invalide, Arbeiter.
Hermann Söhnel, Bäcker, Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.
August Schütz, Invalide, Müller.
Wilhelm Blankenhagen, Hilfsarbeiter, Engelhardt-Brauerei, Abt. Rantow.
Karl Dieck, Invalide, Brauer, [16,80]
Karl Prentze, Bäcker.

Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsgruppe Berlin

Nachruf!

Von den Mitgliedern der Ortsgruppe Dresden verstarben im 1. Quartal 1931:

Reinhold Engelmann, Brauer, Invalide.
Anton Jahn, Trichinenschauer, Schlachthof.
Hugo Gide, Brauer, Invalide.
Kora Zickmantel, Süßwarenarbeiter, Pippold.
Oskar Weinhold, Süßwarenarbeiter, Pippold & Kuhlhorn.
Paul Eichler, Brauereiarbeiter, Waldschlößchen.
Otto Gnauck, Süßwarenarbeiter, Jenglich.
Ernst Schneider, Böttcher, Pippold & Schliephage.
Eduard Sasse, Bierfahrer, Invalide.
Eduard Sasse, Bierverleger, Invalide.
Wilhelm Süder, Maschinenwärter, Felsenkeller.
Hugo Rabener, Böttcher, Invalide.
Franz Pommel, Brauereiarbeiter, Radeberger Exportbierbrauerei.
Paul Starke, Schmied, Invalide.
Bruno Franke, Heizer, Invalide.
Wilhelm Schriebs, Brauer, Reifemilch.
Max Michael, Süßwarenarbeiter, Invalide. [16,80]

Obre ihrem Andenken!

Ortsgruppe Dresden

Unserem Kollegen **Josif Küpper** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die Kollegen der Ortsgruppe Rhywischen-Neuß

Unserem Kollegen **Richard Rabe** und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [1,50]

Die Kollegen der Ortsgruppe Frankfurt a. d. O.

Unserem Kollegen **Seinrich Stimmann** nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die Mitglieder der Ortsgruppe Krefeld, Uerdingen a. Rh.

Unserem Kollegen **Kurt Rittsche** und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die Kollegen der Sektion Camburg, Saale, Ortsgruppe Jena.

Unserem Kollegen **Joh. Walter** nebst seiner lieben Frau zu ihrer am 11. April 1931 stattgefundenen Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. [2,10]

Die Kollegen der Ortsgruppe Göttingen.

Unserem lieben Kollegen **Aug. Steffen** zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Belegschaft der Niederlage Schultheiß-Pagenhofer, Potsdam.

Unserem Kollegen **Wilhelm Schmechel** und seiner lieben Frau nachträglich zu ihrer silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kollegen der Ortsgruppe Bad Polzin.

Unserem Kollegen **Alfred Findorf** und seiner lieb. Frau zur Vermählung die besten Glückwünsche. [2,10]

Die Kollegen der Aktien-Brauerei Neustadt-Magdeburg, Magdeburg-R.

Unserem lieben Koll. **Franz Eich** sowie seiner lieben Frau zu ihrer am Sonnabend, dem 4. April 1931 stattgefundenen Vermählung die besten Glückwünsche. [1,80]

Ortsgruppe Rbnigsberg i. Pr.

Unserem Kollegen **Wilhelm Hartwig** und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche. [2,20]

Die Ortsgruppe Guben.

Unserem lieben Kollegen **Ludwig Richter** nebst seiner lieben Meta zu der am 4. April stattgefundenen Vermählung, sowie unsern lieben Kollegen **Hans Grünbaum** nebst seiner lieben Frau zur Vermählung, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [3,30]

Die Kollegen der Bavaria-St. Pauli-Brauerei, Abt. Altona.

Unserem werten Kollegen **Emil Leben** nebst seiner lieben Gemahlin Wilhelmine, geb. Riefler, zu ihrem am 14. April 1931 stattgefundenen silbernen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [3,60]

Emil, merkt Du was? Die Kollegen der Löwen-, Schultheiß-Pagenhofer-Niederlage Belgig, Ortsgruppe Brandenburg a. d. S.

Nachruf!

Folgende Kollegen verloren wir im ersten Quartal 1931 durch Tod:

Wilh. Viermann, 66 Jahre, Invalide.
Wilh. Fuchs, 74 Jahre, Invalide.
Emil Fuchs, 48 Jahre, Konditor.
Franz Rohlmaier, 49 Jahre, Fleischer.
Hans Kofen, 25 Jahre, Süßwarenarbeiter.
Jos. Neuter, 63 Jahre, Invalide.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. [10,80]

Ortsgruppe Köln

Nachruf!

Am 1. Quartal 1931 sind durch Tod die nachfolgenden Kollegen aus unseren Reihen geschieden:

Friedrich Grill, Bierfahrer, Mannheim.
Seinr. Bernhard, Mühlenarb., Ludwigshafen.

Wir werden den verstorbenen Kollegen ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren. [9,60]

Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen

Unserem lieben Kollegen **Erich Sübner** und seiner lieben Frau zu ihrer Otern stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Ortsgruppe Weimar, Thüringen.

Unserem Kollegen **Jos. Walter** (Sternewirt) zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Kollegen der Aktien-Bierbrauerei und die Ortsgruppe Essen.

Nachruf!

Plötzlich und unerwartet verstarb am 1. April 1931 unser Kollege **Franz Daxler** im 28. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [2,40]

Ortsgruppe Insterburg.

Nachruf!

Am 28. März verstarb unsere liebe Kollegin **Mathilde Schmittle** im Alter von 29 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Kollegen und Kolleginnen der Carottiwereksatterheim, sowie Ortsgruppe Böhlt a. M.

Nachruf!

Am 1. Quartal 1931 sind durch Tod aus unseren Reihen geschieden:

Seinrich Feldner, Fleischer, Invalide.
Gustav Lepshinski, Fleischer.
Paul Prange, Kraftwagenfahrer. [8,40]

Ehre ihrem Andenken!

Ortsgruppe Danzig

Werbt für unseren Verband!

